

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

St. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 15.

Freitag, 19. Januar 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter des Kaiserl. Postamtes vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 70 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 10 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Ellen) 20 Pf., Druckpreis 15 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Graubenverteilung.

Von Montag, den 22. dieses Monats ab werden in den Lebensmittelgeschäften bei den von den einzelnen Gemeinden für die Lebensmittelabgabe eingerichteten Ausgabestellen gegen Abschritt K der Warenbezugskarte Grauben abgegeben.

Auf die Person entfallen 100 gr. Die Entnahme hat bis zum 1. Februar 1917 zu erfolgen.

Die Bestandsanzeigen gemäß § 6 Ziffer 2 der Bekanntmachung des Kommunalverbands vom 19. Oktober 1916 sind bis zum 4. Februar 1917 an die Königl. Amtshauptmannschaft einzureichen. Vorbrüche zu den Bestandsanzeigen sind bei den Gemeindebehörden zu entnehmen.

Großenhain, am 18. Januar 1917.

Der Kommunalverband.

## Griekarten-Ausgabe in Gröba.

Die Griekarten auf die nächsten 4 Wochen werden an die zum Bezuge berechtigten Personen Sonntag, den 21. Januar 1917 vorm. von 9-12 Uhr im Gemeindeamte ausgegeben.

Gröba, am 19. Januar 1917.

Der Gemeindevorstand.

## Milcharten-Ausgabe in Gröba.

Die Milcharten auf die Zeit vom 22. 1. bis 18. 2. 1917 werden Sonntag, den 21. Januar 1917 vorm. 9-12 Uhr im Gemeindeamte gegen Rückgabe der mit Namen und Nr. versehenen leichten Stammkarten auszugeben. Milcharten werden ausgeben für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren, Kranke, werdende und stillende Mütter nach den Vorschriften des Kommunalverbandes. Verschreibungen von Ärzten oder Hebammen sind, soweit sie nicht auf längere Zeit ausgestellt waren, zu erneuern. Außerhalb der vorgenannten Zeit werden Milcharten nicht ausgegeben.

Gröba, am 19. Januar 1917.

Der Gemeindevorstand

## Freibank Riesa.

Morgen Sonnabend, den 20. Januar 1917 von vormittags 9/9 Uhr ab gelangt auf der Freibank im städtischen Schlachthof Rindfleisch zum Preise von 1,25 Mark pro 1/2 kg an die Inhaber der grauen Marken von 601-1000, sowie an die Inhaber der hellgrünen Marken von 1 bis ca. 600 zum Verkauf.

Riesa, am 19. Januar 1917.

Die Direktion des Rädt. Schlachthofes.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 19. Januar 1917.

Ein offenes Wort. In der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses richtete der konservative Führer v. Heydebrandt in seiner großen Rede auch ein offenes Wort an die ländliche und städtische Bevölkerung, nach einem Bericht im „B. L. A.“ führte er aus: „Rundschicht an die ländliche Bevölkerung. Sie hat es gewiß schwer bei dem Mangel an Arbeitskräften und angesichts der Tatsache, das zweifellos manche Verordnung nicht das Richtige trifft. Trotzdem muß die ländliche Bevölkerung mehr leisten als bisher, sie muß sich klar darüber werden, daß sie mehr Opfer bringen muß, als ihr vorgeschieben wird. (Zustimmung.) Jetzt gilt es, die Probe auf das Exempel zu machen, daß wir alle ein Volk von Brüdern sind. (Beifall.) Das Bewußtsein von der Not dieser schweren Zeit ist noch nicht in alle Teile der ländlichen Bevölkerung gedrungen. Man sollte die Antwort, die die Entente dem Präsidenten Wilson gegeben hat, allgemein anschlagen, damit man auf dem Lande überall erkennt, was uns bevorsteht, wenn dieser Krieg verloren wird. (Sehr gut!) Die Landwirtschaft muß selbst den Beweis dafür liefern, daß sie leisten kann, was sie versprochen hat, als sie Schutz und Förderung von den anderen Ständen verlangte. (Sehr gut!) Auch die städtische Bevölkerung leidet schwer. Es ist ein trauriger Anblick, sehen zu müssen, wie Frauen nach ein paar Kartoffeln stehen müssen und wie die städtische Bevölkerung für die einfachen Lebensbedürfnisse geradezu unerschwingliche Preise zahlen muß. Es ist menschlich verständlich, wenn die Städter aus Unkenntnis dafür das Land verantwortlich machen. Jeder, der das Land kennt, weiß aber, daß das nicht richtig ist. Unsere Feinde hoffen, uns durch innere Zwietracht zu veranlassen, einen schwächlichen Frieden zu schließen. Aber wenn wir auch noch lange darben müssen, wollen wir nicht durch überflüssige Mittelungen an unsere Truppen die innere Kraft nehmen, die sie brauchen. Unsere Frauen müssen mehr als bisher lernen zu leiden ohne zu klagen. Unsere Behörden haben eine gewaltige Arbeit geleistet, ohne die wir nicht so dastehen würden. Was wir haben ist wenig, aber das Wenige muß so eingeteilt werden, daß jeder etwas hat und daß wir durchkommen können und daß unsere Krieger keine Sorge haben, daß wir innerlich zerfallen, während sie den Feind von uns abwehren.“

Der Verband sächsischer Industrieller zur Transportkrisis. Der Vorstandrat des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigte sich in seiner am 16. d. M. abgehaltenen Sitzung eingehend mit den zurzeit bestehenden Transport Schwierigkeiten, mit denen die sächsischen Industriebetriebe, teilweise auch die für Heereslieferungen arbeitenden Unternehmen gegenwärtig noch immer zu kämpfen haben. Es wurde zunächst festgestellt, daß den Transport Schwierigkeiten, soweit sie sich aus dem Eisenbahnwagenmangel ergeben, mit Erfolg beantragt werden könne, wenn für eine raschere Be- und Entladung der Eisenbahnwagen gesorgt wird. Der Vorstandrat beschloß daher, an die Mitglieder des Verbandes die dringende Bitte zu richten, soweit das nicht jetzt schon geschehen sollte, in ihren Betrieben jede Möglichkeit auszunutzen und durch entsprechende Einwirkung auf das etwa mit diesen Aufgaben beauftragte Personal unter allen Umständen dahin zu wirken, daß in der Be- und Entladung der Eisenbahnwagen das Mögliche getan wird. Das dies noch nicht allenfalls der Fall ist, sollen dem Vorstandrat daraus hervorgehen, daß noch vor kurzem in Sachsen täglich ca. 1800 Wagen standgeldpflichtig wurden. Andererseits war aber auf Grund des vorliegenden Materials nicht zu verkennen, daß selbst beim besten Willen des Industriellen der Durchführung sofortiger fristgemäßer Entladung vielfach unüberwindliche Schwierigkeiten dadurch entgegenstehen, daß das nötige Personal und insbesondere die erforderlichen Spanne nicht zu beschaffen sind. Der Vorstandrat beschloß daher, an die beiden in Sachen bestehenden Kriegsamtsstellen Eingaben zu richten und unter Darlegung der bestehenden Verhältnisse darauf hinzuwirken, daß eine wesentliche Besserung der Entladungsschwierigkeiten mit Sicherheit zu erwarten sein würde, wenn gegebenenfalls unter Jubiläum

der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, eine allgemeine Mobilisierung der noch vorhandenen Transportmittel durchgeführt und insbesondere festgelegt würde, inwieweit in den einzelnen Bezirken des Landes noch zurzeit nicht voll ausgenützte Gespanne vorhanden sind, die gegen entsprechendes Entgelt den Industriellen zur Verfügung gestellt werden können. Man war der Ansicht, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein könnte, auf den Weg durchgreifender organisatorischer Maßnahmen in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen, da dem Verband Unterlagen vorliegen, aus denen ersichtlich ist, daß gegenwärtig noch nicht alle vorhandenen Transportmöglichkeiten zur Be- und Entladung herangezogen werden können. In dieser allgemeinen Mobilisierung der Transportmittel würde nach Ansicht des Vorstandrates aber ferner bestehen, daß die Straßenbahnen in den Städten durch die städtischen oder privaten Verwaltungen auch für den Gütertransport eingerichtet werden. Gerade in den Großstädten sind infolge der dort bestehenden besonderen Verhältnisse die Be- und Entladungsmöglichkeiten besonders ungünstig. Gewiß werden dieser Veranlassung der Straßenbahnen zum Gütertransport Schwierigkeiten entgegenstehen und ohne die Bewilligung größerer Mittel die technischen Voraussetzungen nicht geschaffen werden können, um das Ziel zu erreichen. Der Vorstandrat steht jedoch auf dem Standpunkt, daß hierfür gegebenenfalls Reichsmittel zur Unterstützung der ohnehin finanziell schon sehr stark angelegten Gemeinden flüchtig gemacht werden müßten und daß durch verständnisvolles Hand-in-handarbeiten der beteiligten Verwaltungen sich auch erhebliche Schwierigkeiten beseitigen lassen würden.

Anmeldung von Auslandsforderungen. Die Handelskammer Dresden gibt, veranlaßt durch täglich sehr zahlreich bei ihr eingehende Anfragen bekannt, daß Forderungen aus sächsischen Ausland zurzeit noch nicht angemeldet werden können, da die Ausführungsbestimmungen zu der allgemeinen Bekanntmachung vom 16. Dezember 1916 über Anmeldung von Auslandsforderungen noch nicht erlassen sind. Nach Erlass dieser Ausführungsbestimmungen in der bestimmt werden wird, wo und wie die Anmeldung zu erfolgen hat, werden die Beteiligten zur Anmeldung aufgefordert werden. Deshalb sind Anfragen an die Kammer in dieser Angelegenheit jetzt zwecklos.

Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen Deutscher im Auslande. Der Bundesrat hat eine Verordnung über die Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen Deutscher im Auslande erlassen, die es ermöglicht, die im Auslande eingetragenen Geburts- und Sterbefälle von Verschleppten im Inland in das Standesregister einzutragen und so hienächstige Standesurkunden über diese Fälle zu schaffen. Durch eine weitere Verordnung wird es in Erweiterung des geltenden Rechtes zugelassen, die Legitimationen der vorehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern auf Anordnung des Vormundschaftsgerichtes auch dann im Geburtsregister zu vermerken, wenn die Paternität auf andere Weise als durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen wird. (Amtlich.)

Polizeistunde an Kaisers Geburtstag. Am Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers, dem 27. dieses Monats, ist die Polizeistunde allgemein auf 1 1/2 Uhr festgesetzt worden. Auch solche Betriebe, für die sonst eine frühere Schließung angeordnet ist, wie Theater, Kinos usw., dürfen an diesem Tage bis 1 1/2 Uhr offen halten.

Der „Deutschen Kolonialkriegs“-spende für Krüge, Kriegsgelangen, Kriegs-Wunden und -Waisen ist für Sachsen lediglich die Genehmigung erteilt worden, die Deutsch-ist „Jüngere Jugend, unsere Zukunft“ sowie Postkarten auf dem Wege des Buchhandels oder des Ausschusses von Bestellungen durch Reisen zu verbreiten, die nur ein unterküstliches Musterbild mit sich führen. Zum Festhalten der Druck-ist und von Postkarten zum sofortigen Kauflichen Absatz und zur Einkammlung von Spenden hat die Kolonialkriegs-ende in Sachsen keine Erlaubnis.

Unabhängige österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer finden Hilfsleistungen: u. e. Unions-Verbandsvereine, Lohnungsstellen, Nachlassangelegen-

heiten usw. in einem Merkblatt zusammengefaßt, welches von der Hilfsstelle vom Roten Kreuz in Großenhain (Königliche Amtshauptmannschaft) kostenlos bezogen werden kann.

Gröba. Dem Kanonier Karl Heine im Feld-Regt. 77, Sohn des Hofmeisters Emil Heine, Rittergut Gröba, wurde mit der Friedrich August-Medaille ausgezeichnet.

Gröba. Dem Soldat Alfred Kühne im 183. Inf.-Regt., Sohn des Gutbesizers Hermann Kühne in Ledwitz, wurde das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen.

Dresden. Der Rat der Stadt Dresden läßt bekannt werden, daß sich im Steuerjahre 1917 eine Erhöhung der Einkommensteuer von 55 auf 59%, notwendig machen wird, während die Gemeindefiskalsteuer auf dem alten Satz von 93%, bleibt. Damit wären also in diesem Jahre 152% Gemeindefiskalabgaben zu leisten gegen 148% im Vorjahre.

Blauen i. B. In die 13. Bürgerschule waren nachts unbekannt Eindringler eingedrungen. Sie haben in mehreren Lehrsammern Kulte und Schränke erbrochen, in denen sie anscheinend Geld vermuteten. Aus dem Vorratsschrank haben sie physikalische Apparate im Werte von etwa 80 Mk. entwendet und sind dann durch ein Fenster entwichen.

Leipzig. Die Stadtverordneten haben einer Ratsvorlage zugestimmt, welche verschiedene wichtige Veränderungen im hiesigen Straßenbahnwesen vorsieht. Nützlich werden die beiden nebeneinander bestehenden Straßenbahnunternehmungen, die Große Leipziger Straßenbahn „Die Blaue“, die Leipziger Elektrische Bahn „Die Rote“, zu einer Gesellschaft, der Großen Leipziger Straßenbahn-Kriegsengesellschaft verschmolzen. Dieser ist hienächst die Betriebskonzeption verlängert worden. Der bisherige Einheitsfahrpreis von 10 Pf., der sich in Leipzig sehr bewährt und es der Großen Leipziger Straßenbahn ermöglicht hat, stets ansehnliche Dividenden für ihre Aktionäre auszuschlütten, wird auch künftig beibehalten.

Dessau. Im benachbarten Dorfe Kochstedt wurden gestern früh die verheiratete Luise Jantowiad und ihre 3 Kinder in der Schlafstube erschossen aufgefunden. Jantowiad trachtete seinem ältesten Sohn, der den Eltern viel Kummer bereite, nach dem Leben. Vorgesetzt führte er den Jungen in die Mulde. Der Knabe konnte sich jedoch mit Hilfe von hinzukommenden Leuten retten, die ihn nach dem Krankenhaus brachten. Aus Furcht vor der Strafe für dies Verbrechen hat gestern Jantowiad seine Ehefrau und die anderen 3 Kinder im Alter von 6, 8 und 10 Jahren in der Küche seiner Wohnung erschossen. Er selbst erhängte sich. Herbeieilende Nachbarn, welche die Schüsse vernommen hatten, schnitten Jantowiad sofort ab.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Staatssekretär Dr. Zimmermann in Wien. Sonnabend trifft der deutsche Staatssekretär Dr. Zimmermann in Wien ein, um sich dem Kaiser vorzustellen und dem Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin, einen Besuch abzustatten.

Hermann vom Rath gestorben. Geheimrat a. D. Hermann vom Rath ist im Alter von 60 Jahren an einer Lungenentzündung gestorben. Herr vom Rath war ein angelegener Schriftsteller und gehörte der national-liberalen Partei an.

Keine Zwangsandhebung zum polnischen Meer. Unter den in Deutschland sich aufhaltenden im Königreich Polen beheimateten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere beabsichtigt sei. Eine solche Absicht besteht nicht. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß sich das polnische Heer nur aus Freiwilligen ergänzt. Alle Berichte über zwangsweise Einführung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Auskreutung.

Kriegswohlfahrtsausgaben. Der eben im preussischen Abgeordnetenhaus eingegangene Regierungsentwurf zur Bereitstellung eines neuen 200 Millionenbetrages zwecks Bewilligung für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden gibt einen lehrreichen Einblick in die gewaltigen Leistungen der öffentlichen Kriegsfürsorge. Die Ge-